**Pressemitteilung: Gute Jugendpolitik ist eigenständig!**

am 06. Mai 2014 - 08:50 Uhr

Die Vollversammlung des Landesjugendringes beschloss am 03. Mai in Koblenz einstimmig den Leitantrag „Gute Jugendpolitik ist eigenständig“. Damit wurde durch die Jugendverbände in Rheinland-Pfalz der Prozess zur Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik auf Landesebene angestoßen.

„Wir müssen Jugendpolitik als ein eigenständiges Politikfeld entwickeln, das sich – über Ressort- und föderale Grenzen hinweg – konsequent für die Belange von Kinder und Jugendlichen einsetzt“, erklärt Volker Steinberg, Vorsitzender des Landesjugendringes. Der Prozess, der auf Bundesebene bereits begonnen wurde, müsse nun auf die Länder- und auch auf kommunale Ebene herunter gebrochen werden.

Unterstützung findet der Landesjugendring beim Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJ). Regina Käseberg, Leiterin der Abteilung Kinder und Jugend,  sieht die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik als  Baustein einer Jugendstrategie für Rheinland-Pfalz: „Wir werden noch vor dem Herbst mit den Jugendverbänden und weiteren relevanten Akteuren dazu in einen Dialog eintreten“, kündigt Käseberg an.

Für Leonie Hein (DGB-Jugend), die auf der Vollversammlung zur neuen Vorsitzenden des Landesjugendringes gewählt wurde, ist die Arbeit der Jugendverbände elementar für eine starke Jugendpolitik: „Die Verbände unterstützen die Selbstorganisation Jugendlicher und verleihen ihren Interessen und Bedürfnissen eine Stimme“, erklärt sie. „Deshalb müssen die Verbände personell und finanziell so ausgestattet werden, dass eine gelingende Teilnahme zur Gestaltung einer Eigenständigen Jugendpolitik möglich ist“.

Die rund 80 Delegierten und Gäste – darunter die jugendpolitischen Sprecher\_innen aller im Landtag vertretenen Fraktionen demonstrierten ihre Einigkeit unter dem Motto  „Jugendverbandsarbeit ist Pflichtaufgabe! Die Förderung der Jugendarbeit ist keine freiwillige Leistung.“ (Bild im Anhang). Mit der Aktion schicken die Anwesenden den rheinland-pfälzischen Kommunen ein Zeichen von der Vollversammlung:  „Gerade in Zeiten klammer Kassen werten die Entscheidungsträger\_innen in den Gemeinden die Ausgaben für die Jugendarbeit oft als sogenannte »freiwillige Leistung«, die man je nach Haushaltslage kürzen oder gar streichen kann. Damit handeln sie aber den gesetzlichen Grundlagen zuwider, die durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz festgelegt ist“ erklärt Volker Steinberg. Dieses Thema wird auch die Aktionen der Jugendverbände und Jugendringe  im Vorfeld der  kommenden Kommunalwahlen im Mai dieses Jahres bestimmen.